



Schwarz auf Weiss aus Berlin

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Sabine Weiss für Alpen, Hamminkeln, Hünxe, Kamp-Lintfort, Rheinberg, Schermbeck, Sonsbeck, Voerde, Wesel, Xanten



Ausgabe 05/2010

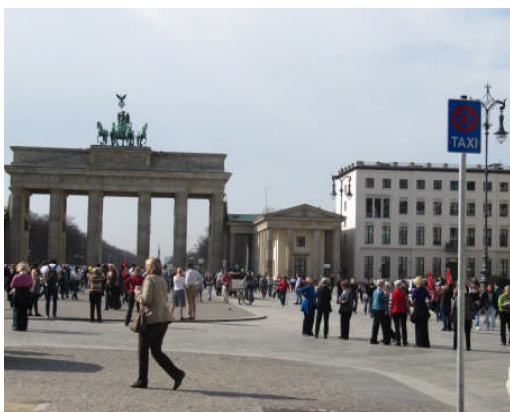
26.März 2010

Liebe Leserinnen und Leser,

als ich am Montag in Berlin ankam, war er endlich da: der Frühling. Lang und heiß herbeigesehnt war er wohl von den meisten von uns.

Kaum hat der Frühling die Hauptstadt erreicht, ist die Stadt wie ausgewechselt. Am Brandenburger Tor, wo noch vor ein paar Wochen die wenigen Touristen, in dicke Jacken und Mützen gepackt, versuchten, auf dem Schnee und Eis nicht die Balance zu verlieren, ist jetzt das pralle Leben ausgebrochen. Ganze Horden von Touristen und Berlinern tummeln sich im Regierungsviertel und genießen die ersten Sonnenstrahlen. Kaum ist der Frühling da, ist die Stadt voll von Menschen. Und auch die viel besungene Berliner Luft, die in den letzten Monaten doch ziemlich eisig und frostig daher kam, scheint nun vom Frühling durchzogen zu sein.

Einige Frühlingsimpressionen aus der Hauptstadt:



Bei dem schönen Wetter sind mein Team und ich natürlich besonders hoch motiviert und gut gelaunt in die Sitzungswoche gestartet. Los ging es am Montag in der Sitzung der Landesgruppe NRW mit einem Gespräch mit dem neuen Generalsekretär der CDU NRW, Herrn Andreas Krautscheid, zum Thema Landtagswahl in NRW.

Dienstagmorgen ging es dann um 8 Uhr weiter mit der AG Kommunalpolitik, deren stellvertretende Vorsitzende ich bin, weiter. Hauptthema: Reform der Jobcenter. Die AG Kommunalpolitik der CDU /CSU – Fraktion hat rund 120 Mitglieder, von denen die meisten ehrenamtliche Gemeinderats- oder Kreistagsmitglieder waren oder noch sind. Ihren geballten Sachverstand



In dieser Ausgabe:

Brief an die Leser

Im Plenum

Fotogalerie

Daten und Fakten

Impressum:
Sabine Weiss MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/227-77720
Telefax: 030/227-76720
E-Mail:
sabine.weiss@bundestag.de

setzen die Mitglieder der AG Kommunalpolitik in enger Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden dafür ein, eine leistungsfähige kommunale Selbstverwaltung zu bewahren.

Gleich zwei Schülergruppen von Berufskollegen habe ich diese Woche in Berlin zu einem Gespräch empfangen. Bei der einen musste ich doch relativ lange den Alleinunterhalter spielen bis ich sie soweit aus der Reserve gelockt hatte, dass dann doch einige Fragen an mich gestellt wurden. Die andere Gruppe war dann doch ein bißchen reger und lauter. Mir liegt der Austausch mit den jungen Menschen aus meinem Wahlkreis sehr am Herzen. Ich freue mich, wenn ich Schülergruppen vom Niederrhein die Bundespolitik hier in Berlin näher bringen kann, auch wenn dies manchmal einige Überzeugungskraft erfordert. Gleichzeitig möchte ich aber auch mit den jungen Menschen vor Ort am Niederrhein ins Gespräch kommen und mich für ihre Interessen einsetzen.

Mich beunruhigt die zunehmende Politikverdrossenheit bei vielen Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Es ist die Aufgabe von uns Politikern – aber auch der Lehrer -, auf junge Menschen zuzugehen, Ihnen die Skepsis vor der Politik zu nehmen und sie zu überzeugen, dass „Wir können sowieso nichts ändern“ und „Politik interessiert mich nicht“ nicht die richtige Einstellung ist. Denn viele von den politischen Entscheidungen, die jetzt getroffen werden, berühren insbesondere die zukünftigen Lebensbedingungen der heute jungen Menschen. Und ändern kann jeder, der sich wirklich engagiert, eine ganze Menge im Kleinen sowie im Großen - alleine oder in der Ge-

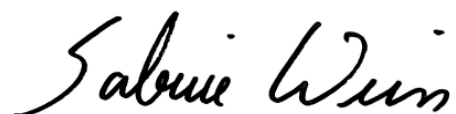
meinschaft.

Besucht habe ich diese Woche den Botschafter von Nepal, Herrn Suresh Prasad Pradhan, und den Botschafter der Mongolei, Herrn Baldorj Davaadorj. Für die beiden Länder bin ich für die CDU/CSU Fraktion im AWZ (Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) regional zuständig. Bei diesen ersten Kennenlerngesprächen habe ich viel über die sehr unterschiedlichen, aber beide auf ihre Art sehr faszinierenden Länder erfahren.

Überrascht war ich von den ausgezeichneten Deutschkenntnissen des mongolischen Botschafters. Wie sich dann herausstellte, hat der Botschafter in der DDR studiert, die enge Kontakte zur damals noch sozialistischen Mongolei hatte. Die Mongolei ist von allen unabhängigen Staaten der Welt das Land mit der geringsten Bevölkerungsdichte. Nur knapp 3 Millionen Mensch leben in dem flächenmäßig 18. größten Land der Erde. Das perfekte Reiseland also für alle Individualreisenden, die die totale Einsamkeit lieben.

Der Botschafter, dessen Land zu den rohstoffreichsten der Welt gehört und über große Vorkommnisse an Steinkohle verfügt, wird wahrscheinlich im Mai nach NRW kommen und dann - so ist der Plan - werde ich ihm den schönen Niederrhein mit seinem ganzen industriellen Knowhow gerade auch im Bereich der Kohleförderung zeigen.

Mit herzlichen Grüßen



Im Plenum

Die Bundesregierung hat in dieser Woche den **Jahresabrüstungsbericht 2009** vorgestellt, in dem traditionell Bilanz der Abrüstung und Rüstungskontrolle des vergangenen Jahres gezogen wird. Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen **Deutschland muss deutliche Zeichen für eine Welt frei von Atomwaffen setzen** fordern wir die Bundesregierung auf, weiterhin mit großem Engagement für allgemeine und weltweite Abrüstung einzutreten und für dieses Ziel eine neue Dynamik bei Rüstungskontroll- und Abrüstungsvereinbarungen in Gang zu setzen.

Der Antrag der Koalition **Menschenrechte weltweit schützen** benennt die zentralen Handlungsfelder bzw. Forderungen der Menschenrechtspolitik der christlich-liberalen Koalition. Diese sind u.a. die Forderung nach weltweiter Abschaffung von Todesstrafe und Folter, die Bekämpfung von Sklaverei, Ausbeutung und Menschenhandel (Zwangsprostitution), der Schutz von Frauen (Zwangsheirat, Genitalverstümmelung, Ehrenmorde etc.) und Kindern (Kinderarbeit, Kindersoldaten) – besonders in Kriegs- und Krisengebieten sowie die Freiheit vor Diskriminierung. Weiter fordern wir die Durchsetzung der Religionsfreiheit. Dabei stellen wir fest, dass von religiös motivierter Verfolgung Christen besonders betroffen sind.

Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Haiti eine langfristige Wiederaufbauperspektive geben** zielt darauf ab, nach dem schweren Erdbeben das VN-Engagement in Haiti den aktuellen Gegebenheiten anzupassen, um einen Wiederaufbau selbsttragender Sicherheitsstrukturen zu unterstützen und den Übergang zwischen der humanitären Soforthilfe, der Nothilfe, dem Wiederaufbau und nachhaltiger Entwicklungszusammenarbeit lückenlos zu gestalten. Wesentliche Elemente, um beim Wiederaufbau eine tragfähigere Situation als vor dem Erdbeben zu erreichen, sieht der Antrag in der Wiederherstellung der Infrastruktur, der Grundlegung eines funktionierenden Staatswesens, im Ausbau der Katastrophenvorsorge sowie der langfristigen Ernährungssicherung. Mit dem Antrag unterstützen wir die Bundesregierung mit Blick auf die internationale Wiederaufbaukonferenz am 31. März 2010 in New York.

Bildergalerie

Besuch beim Botschafter der Mongolei



und beim nepalesischen Botschafter





Abschied von unseren tollen Praktikantinnen mit Berliner Kuschelbär

Daten und Fakten

Deutscher Arbeitsmarkt weiterhin stabil: Trotz der weltweit schwersten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg ist in Deutschland kein signifikanter Anstieg der Arbeitslosigkeit zu erwarten. Wie keinem anderen Industrieland ist es der Bundesrepublik gelungen, ein Durchschlagen der Krise auf den Arbeitsmarkt zu vermeiden. Diese Entwicklung setzt sich fort: Auch für das laufende Jahr rechnen die Experten nur mit einem moderaten Anstieg der Erwerbslosenzahlen um 120.000 auf etwa 3,5 Millionen im Jahresmittel. Für 2011 wird von einem Ende des Beschäftigungsabbaus ausgegangen. Allerdings dürfte bei geringem Wirtschaftswachstum auch der Abbau der Arbeitslosigkeit nicht merklich vorankommen.

(Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)

Exportrückgang schwächt sich ab: Der starke Einbruch der deutschen Ausfuhren hat sich im letzten Quartal 2009 deutlich abgeschwächt. Während für das Gesamtjahr ein Rückgang von 17,9 Prozent (auf 808 Milliarden Euro) verzeichnet wurde, fiel der Rückgang im vierten Quartal mit nur 6,4 Prozent deutlich geringer aus. Noch deutlicher wird dieser Trend bei Betrachtung der preisbereinigten Zahlen: Demnach sind die deutschen Ausfuhren über das Gesamtjahr 2009 gerechnet um 16,4 Prozent, im letzten Quartal lediglich um 2,7 Prozent gesunken.

Der trotzdem zu verzeichnende Rückgang des Exports im vierten Quartal ist vor allem bei den Ausfuhren in die EU-Mitgliedsstaaten zu verzeichnen (-7,7% auf 132,1 Milliarden Euro), während die Exporte in Nicht-EU-Staaten nur um 4,3% auf 84,6 Milliarden Euro sanken. Wie im Vorjahr waren Frankreich, Italien und die Niederlande die drei wichtigsten Handelspartner innerhalb der EU. Der größte Rückgang entfiel dabei auf die Exporte in die Niederlande (- 14,0%).

Die wichtigsten Handelspartner außerhalb der EU waren die Vereinigten Staaten, wohin allerdings im Vergleich zum Vorjahresquartal 13,8% weniger exportiert wurde (auf 14,6 Milliarden Euro). Die Exporte nach China, dem zweitgrößten Handelspartner aus den Drittstaaten, stiegen um 20,1% auf 10,4 Milliarden Euro. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Schulbücher vermitteln einseitiges Bild von wirtschaftlichen Themen: Ökonomische Bildung wird in unseren Schulen nur unzureichend und teilweise einseitig vermittelt. Das ergab eine Untersuchung von 43 Schulbüchern der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen. Ausgewählt wurden gesellschaftswissenschaftliche Fächer wie Erdkunde, Geschichte und Politik. Einige Schlüsselbegriffe tauchen gar nicht auf, andere wie „Soziale Marktwirtschaft“, „Markt“ oder „Wettbewerb“ werden nur gestreift, aber nicht umfassend erklärt und vermittelt.

Auch die Bedeutung von Unternehmern für die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum bleibt unterbelichtet. Zudem werden dominierende Themen wie Globalisierung oder Strukturwandel oft ausschließlich negativ dargestellt. (Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)